

SÜDKURIER

EU-PARLAMENT

Wut, Schock und Frust

Das Vertrauen der Bürger in die europäische Demokratie ist erst einmal verspielt. Grund ist der Korruptionsskandal um die Ex-Vizepräsidentin des EU-Parlaments.

VON KATRIN PRIBYL, STRASSBURG

In dieser Woche tagen die EU-Abgeordneten zum letzten Mal in diesem Jahr in Straßburg. 705 Parlamentarier finden sich zusammen in diesem gigantischen Bauwerk aus Glas und Metall, dessen riesige Fassade die demokratische Transparenz der Europäischen Union symbolisieren soll. Sie wurde durch den mutmaßlichen Korruptionsskandal um die mittlerweile abgesetzte Vizeparlamentspräsidentin Eva Kaili im übertragenen Sinne regelrecht zum Bersten gebracht.

Es ist – wohlmeinend ausgedrückt – eine schwierige Woche für das Hohe Haus. Unter den Volksvertretern herrschen Wut, Schock, Frust. Die überwältigende Mehrheit reißt sich an Gesetzgebungen auf, bemüht sich nachteilig um Kompromisslösungen für Klimaschutzpakete oder Arbeitnehmerrechte – und dann so was. Gierige Kollegen stopfen sich die Taschen voll mit Geld. Einzelfälle gewiss, doch es sind diese skrupellosen Kriminellen, die von heute auf morgen das Ansehen der anständigen Politiker zerstören. Ist es fair, sie in Sippenhaft zu nehmen? Nein.

Trotzdem, diese Affäre nährt nicht nur die Hetze von Rechtspopulisten, die die Institution EU am liebsten abschaffen würden, sondern sie bestätigt auch viele Menschen in ihren Vorurteilen vom abgehobenen, habgierigen und überbezahlten Politiker, der sich durch Hinterzimmerdeals mit dubiosen Lobbyisten den Skiurlaub bezahlen lässt. Dieses wenig schmeichelhafte Bild wird für eine Weile hängen bleiben in den Köpfen zahlreicher Bürger, das wissen auch die Abgeordneten. Das Vertrauen in das selbst ernannte Herz der europäischen Demokratie ist erst einmal verspielt, was insofern problematisch ist, als dass Demokratie auf Vertrauen basiert. Dementsprechend sind die Abgeordneten nun um Begrenzung eines Schadens bemüht, den sie nicht angeht haben. Bitter ist, dass er in naher Zukunft kaum wiedergutzumachen ist.

Die derzeit diskutierten Lösungen mögen gut klingen, aber sie können bestenfalls die Wiederholung solcher krassen Verfehlungen verhindern. Und die Umsetzung der Maßnahmen, etwa die Einsetzung einer Ethikbehörde, dauert zu lange, als dass in Kürze Glaubwürdigkeit wiederhergestellt werden könnte. Das beinahe Absurde ist: In Brüssel sind die Transparenz-Regeln noch vergleichsweise strikt. Die deutschen Gesetze gestalten sich weitaus großzügiger, weshalb Kritiker regelmäßig ein verpflichtendes Register für den Berliner Betrieb fordern.

Wo aber beginnt Korruption? Diese Frage spukt in Straßburg wie auch in Brüssel herum, wo es sich rund 25 000 Menschen zum Beruf gemacht haben, die europäische Regierungsführung zu beeinflussen. Dabei ist sie zumindest in der Theorie leicht zu beantworten und auch wenn es nicht jedem gefällt: Lobbyismus gehört zum Polit-Geschäft einer Demokratie dazu. Unternehmen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen oder Umweltverbände teilen ihre Interessen mit Politikern, die diese dann im Sinne des Gemeinwohls abzuwägen haben und in Gesetze miteinfließen lassen.

Politischer Druck ja, aber solange kein Geld fließt und die Vorgänge transparent sind, ist alles legal. Umso wichtiger sind die Offenlegung solcher Treffen zwischen Politikern und Interessenvertretern und die konsequente Durchsetzung der Regeln. Daran mangelt es häufig. Politiker müssen für sich ihre roten Linien ziehen. Der eine empfindet bereits eine Kaffee-Einladung als inakzeptabel, die andere mag die Übernahme von Kosten für Arbeitsreisen als vertretbar betrachten. Das Abgeordnetenhaus betont gerne seine Rolle als einzige EU-Institution, die direkt vom Volk gewählt wird. Auch wenn es an Einfluss dazugewonnen hat, bleibt die Macht im Vergleich zur EU-Kommission und dem Rat der 27 Mitgliedstaaten begrenzt. Das Parlament agiert als Hüter westlicher Werte, kämpft mit soften Mitteln für Rechtsstaatlichkeit und nimmt für sich eine moralische Überlegenheit in Anspruch. Das funktioniert aber nur so lange, wie man über jeden Zweifel erhaben ist.

politik@suedkurier.de



Mädchen und Jungen der fünften Klasse einer Realschule sitzen während des Unterrichts in ihrem Klassenzimmer. BILD: DPA

Sorge um die Bildung

BaWü-Check: Fast 40 000 ukrainische Kinder werden an Baden-Württembergs Schulen unterrichtet. Die Bevölkerung befürchtet eine Überlastung des Bildungssystems

VON ULRIKE BÄUERLEIN
ulrike.baeuerlein@suedkurier.de

Man nehme die Einwohnerzahl von Tuttlingen – rund 36 600 – und lege noch rund 2000 oben drauf. Was dabei herauskommt? Die Zahl an ukrainischen Kindern und Jugendlichen, die in Baden-Württemberg Ende 2022 in Kitas und Schulen unterrichtet und betreut werden – zusätzlich zum ganz normalen Alltag dort. Kinder und Jugendliche, die nicht nur in Gruppen und Klassen einfach so integriert werden können, sondern die einen erhöhten Förder- und Betreuungsbedarf haben, die Sprachkurse brauchen, zum Teil traumatisiert sind, Heimat und Freunde und Teile ihrer Familie verloren haben. Eine Menge von der Einwohnerzahl einer großen Kreisstadt. Fast 12 000 Kinder davon sind unter sechs Jahren, dazu kommen knapp 28 000 Kinder und Jugendliche an öffentlichen und privaten Schulen und Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz brauchen.

Noch vor Jahresfrist waren diese ukrainischen Kinder in keinem Bedarfs- und Stellenplan des Bildungssystems vorgesehen. Jetzt müssen sie im Alltagsbetrieb mitorganisiert werden, ohne dass über Nacht auch nur eine Lehr- oder Erziehungskraft zusätzlich vom Himmel gefallen wäre. Und dies in einem System der frühkindlichen und schulischen Bildung, das nach den Corona-Jahren auch ohne die Flüchtlingskinder schon an der Grenze zur Überlastung oder darüber hinaus war. Baden-Württemberg stand beim Schüler-Lehrkräfte-Verhältnis schon vor diesem Zustrom am unteren Ende des Bundesländervergleichs. Wie soll, wie kann das also funktionieren?

Diese Frage bereitet den Menschen in Baden-Württemberg große Sorgen – die drohende Überlastung des Bildungssystems. Dies geht aus den Ergebnissen

des neuesten BaWü-Checks hervor, der Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen mit dem Institut für Demoskopie Allensbach. Fast die Hälfte der Menschen im Südwesten (48 Prozent) hält demnach die Schulen durch den Zustrom der ukrainischen Kinder für „völlig überfordert“, und weitere 42 Prozent gehen davon aus, dass die Einrichtungen dies nur mit großen Schwierigkeiten bewältigen können. Nur ganz wenige Menschen (6 Prozent) glauben, dass die Integration dieser Kinder für das System ein Klacks ist und ohne Weiteres bewältigt werden kann.

Aber nicht nur, was die Kinder und Schulen betrifft, ist die Herausforderung für Baden-Württemberg auf allen Ebenen in diesem Jahr viel größer, als es sie im Jahr 2015 auf dem bisherigen Höhepunkt des Flüchtlingszustroms war. Nie zuvor kamen mehr Menschen nach Baden-Württemberg, alle Erstaufnahmeeinrichtungen und die vorläufigen Unterbringungen in den Landkreisen sind an der Auslastungsgrenze. Nie zuvor standen Landkreisen, Städten und Gemeinden weniger freie Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung. Und nie zuvor war der Wohnungsmarkt für alle Menschen im Südwesten so leer gefegt und so teuer. Bei den Verantwortlichen vor Ort wächst daher die Verzweiflung, wie die Geflüchteten untergebracht werden sollen.

„Die Kommunen schultern bei der Aufnahme von Flüchtlingen das staatliche Krisenmanagement ganz wesentlich“, sagt Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags.

Das lesen Sie zusätzlich online

Chancen statt Abschiebung für fleißige Flüchtlinge: Was das in der Praxis bedeutet
www.sk.de/11370477

tags. 50 000 Plätze haben die Landkreise seit Februar in Gemeinschaftsunterkünften eingerichtet, der Aufbau sei vielerorts nur durch die Einrichtung von Notunterkünften in Turn- und Sporthallen möglich gewesen. „Besonders schwierig ist die Situation aktuell durch den starken Zugang unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter“, so von Komorowski. Die Kommunen plädieren deshalb dafür, dass das Land in seinen Erstaufnahmeeinrichtungen speziell für diese Gruppe ein Unterbringungssystem aufbaut.

„Besonders schwierig ist die Situation aktuell durch den starken Zugang unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter.“

Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags

Ungeklärt ist nach wie vor die Frage, wer für die Unterbringung am Ende wie viel bezahlen muss – daran konnte auch der von Regierungschef Winfried Kretschmann (Grüne) vergangene Woche einberufene Flüchtlingsgipfel auf politischer Ebene nichts ändern.

Das wahre Ausmaß machen die Zahlen aus dem zuständigen Justizministerium deutlich. 101 000 Flüchtlinge kamen 2015 nach Baden-Württemberg – im Jahr 2022 waren es bislang allein 143 000 Geflüchtete aus der Ukraine. Dazu kommen 25 700 Asylsuchende aus anderen Ländern, am häufigsten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, aber auch aus der Türkei, und 3300 weitere Geflüchtete, die im Rahmen einer humanitären Aufnahme Unterschlupf fanden. Dass im Laufe des Winters mehr Flüchtlinge aus der Ukraine kommen, ist durchaus denkbar. „Da die Infrastruktur in der Ukraine systematisch zerstört wird, bereitet sich Baden-Württemberg auf ein Wiederanstehen der Flüchtlingszahlen aus der Ukraine vor“, sagt ein Sprecher des Justizministeriums. In Freiburg, Sindelfingen und Meßstetten seien daher zusätzliche Unterbringungskapazitäten für 2500 Menschen geschaffen worden.



Früher oder später... MARKUS GROLIK/TOONPOOL

SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 | 2012 | 2014 | 2015 | 2020
European Newspaper Award 2011–2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021

Chefredakteur: Stefan Lutz (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Günter Ackermann (Stellvertreter des Chefredakteurs), Andreas Ambrosius, Jörg-Peter Rau (beide Lokales)
Leitender Redakteur, Politik und Hintergrund: Dieter Löffler; **Wirtschaft:** Walther Rosenberger;
Kultur: Dr. Johannes Bruggaier; **Sport:** Dirk Salzmann
Verlag und Herausgeber: SÜDKURIER GmbH
Geschäftsführer: Michel Bieler-Loop, Peter Selzer
Vertrieb: Julian Kögel **Zustellung:** Thomas Kluzik
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
Postfach 102 001, 78420 Konstanz
Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/999-1485
Internet: <https://www.suedkurier.de>
<https://www.suedkurier-medienhaus.de>
E-Mail: redaktion@suedkurier.de
Commerzbank AG, Konstanz; IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00; BIC COBADE33XXX
Anzeigen und Werbevermarktung:
SK ONE GmbH
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
E-Mail: info@sk-one.de; anzeigen@sk-one.de
Internet: <https://www.sk-one.de>
Anzeigen: Michael Schmierer (verantwortlich)
Regional: Tobias Gräser, Thomas Sausen

Abo-Service und Kleinanzeigen:
Servicenummer 0 75 31/999-4444 (Ortstarif)
abo-service@suedkurier.de
kleinanzeigen@suedkurier.de
Druck: Druckerei Konstanz GmbH
Max-Stromeyer-Straße 180, 78467 Konstanz
Es gelten die Mediadaten 2022 (Preisliste Nr. 91, ab 01.07.2022), mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen im SÜDKURIER/Alb-Bote und seinen elektronischen Ausgaben. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.



Wenig Optimismus

Frage: „Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“

